Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

2.1 Naturschutzgebiete

(1) Die nachfolgend unter den laufenden
Gliederungsnummern

- 2.1.1 NSG Egge-Nord
- 2.1.2 NSG Rosenberg
- 2.1.3 NSG Lippeniederung bei Sande
- 2.1.4 NSG Lippeniederung zwischen
Bad Lippspringe und Mastbruch
- 2.1.5 NSG Lothewiesen
- 2.1.6 NSG Elser Holz/Rottberg
- 2.1.7 NSG Gottegrund
- 2.1.8 NSG Buchenwald bei Elsen Bahnhof
- 2.1.9 NSG Krumme Grund/Pamelsche
Grund
- 2.1.10 NSG Ziegenberg
- 2.1.11 NSG Steinbruch Ilse
- 2.1.12 NSG Ellerbachtal
- 2.1.13 NSG Lippe bei Sande

näher bestimmten Flächen sind gemäß § 20
LG als Naturschutzgebiete (NSG) festgesetzt.

Die Grenze der Naturschutzgebiete verläuft
auf der inneren Kante der in der
Festsetzungskarte eingezeichneten Abgren-
zungslinie.

(2) Allgemeine Verbote

In den unter 2.1.1 bis 2.1.12 genannten
Naturschutzgebieten sind gemäß § 34 (1) LG
alle Handlungen verboten, die zu einer
Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung
der geschützten Gebiete oder ihrer
Bestandteile oder zu einer nachhaltigen
Störung führen können.

Insbesondere ist es verboten:

- a) die Flächen außerhalb befestigter oder

Nach § 20 LG werden
Naturschutzgebiete festgesetzt,
soweit dies

- a) zur Erhaltung von
Lebensgemeinschaften oder
Biotopen bestimmter wild-
lebender Tier- und Pflanzen-
arten,
- b) aus wissenschaftlichen, na-
turgeschichtlichen, landes-
kundlichen oder erd-
geschichtlichen Gründen
oder
- c) wegen der Seltenheit,
besonderen Eigenart oder
hervorragenden Schönheit
einer Fläche oder eines
Landschaftsbestandteils
erforderlich ist. Die Festsetzung
ist auch zulässig zur Herstellung
oder Wiederherstellung von
Lebensgemeinschaften oder
Lebensstätten im Sinne von
Buchstabe a).

Als befestigt sind alle Wege
anzusehen, die durch die
zulässige Einbringung von

besonders gekennzeichneten Straßen, Wege, Park- und Stellplätze zu betreten, zu befahren, auf ihnen zu reiten sowie Fahrzeuge aller Art außerhalb der gekennzeichneten Park- und Stellplätze abzustellen;

unberührt bleiben:

- das Betreten und Befahren von Flächen im Rahmen ordnungsgemäßer land- oder forstwirtschaftlicher Tätigkeiten,
- das Betreten und Befahren der Flächen sowie das Fahren oder Abstellen von Fahrzeugen im Rahmen von Unterhaltungsarbeiten an Gewässern oder öffentlichen Versorgungsanlagen im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde,
- das Betreten der Flächen sowie das Abstellen von Fahrzeugen auf Straßen und befestigten Wegen zum Aufsuchen, Nachstellen, Erlegen, Fangen oder Aneignen von Wild im Rahmen der ordnungsgemäßen Jagdausübung,
- das Betreten von Flächen durch Fischereiausübungsberechtigte im Rahmen der rechtmäßigen Fischereiausübung,
- die Tätigkeit des Geologischen Landesamtes NW, soweit die Naturschutzgebiete davon betroffen sind und dies dem jeweiligen Schutzzweck nicht zuwiderläuft,
- das Reiten auf Straßen und befestigten Wegen mit Ausnahme der gekennzeichneten Wanderwege,
- die Durchführung der traditionellen Fuchsjagd des „Reit- und Fahrvereins Paderborn Haxtergrund e. V.“ einmal pro Jahr in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang im Benehmen mit der unteren Landschaftsbehörde;

- b) wildlebenden Tieren nachzustellen, sie zu beunruhigen, zu fangen, zu verletzen oder zu töten, ihre Brut- oder Lebensstätten, Eier, Larven, Puppen oder sonstigen Entwicklungsformen wegzunehmen, zu zerstören oder zu beschädigen sowie ihre Nist-, Brut- und Zufluchtsstätten durch Aufsuchen, Fotografieren, Filmen oder ähnliche Handlungen zu stören;
unberührt bleiben:

Wegebaumaterial oder als Folge von zulässigen Erdbaumaßnahmen hergerichtet sind. Trampelpfade und Fahrspuren gelten nicht als Wege. Nach dem Landesforstgesetz ist das Fahren sowie das Abstellen von Wohnwagen und Kraftfahrzeugen im Wald generell verboten. Die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung sind zu beachten.

Siehe aber das besondere Verbot der fischereilichen Nutzung in den einzelnen Schutzgebieten.

In den Naturschutzgebieten sind grundsätzlich alle Tiere geschützt. Insbesondere während der Brut- und der Überwinterungsperiode kann eine Störung zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung der Tierwelt führen. Eine Beunruhigung erfolgt insbesondere durch Lärmen oder Aufsuchen der

- die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd, d. h. das Aufsuchen, Nachstellen, Erlegen und Fangen von Wild,
- die rechtmäßige Ausübung der Fischerei,
- die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung;

Lebensräume.

Siehe aber das besondere Verbot der fischereilichen Nutzung in den einzelnen Schutzgebieten.

c) Bäume, Sträucher oder sonstige Pflanzen und Pflanzenbestände ganz oder teilweise zu beseitigen, zu beschädigen oder auf andere Weise in ihrem Wachstum und Bestand zu beeinträchtigen; unberührt bleiben:

In Naturschutzgebieten sind grundsätzlich alle Pflanzen geschützt. Als Beeinträchtigung gilt auch das Beschädigen des Wurzelwerkes sowie das Verdichten oder Versiegeln des Bodens im Traufbereich der Bäume und Sträucher sowie die Behandlung von Säumen, Hochstaudenfluren, Röhrichen u. a. mit Bioziden. Bei der Beweidung mit Pferden sind angemessene

- Maßnahmen im Rahmen der ordnungsgemäßen land- oder forstwirtschaftlichen Bodennutzung in bisheriger Art und im bisherigen Umfang, soweit dies dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft,
- Maßnahmen im Zusammenhang mit Wartungs-, Unterhaltungs- und Reparaturarbeiten an öffentlichen Ver- und Entsorgungsleitungen einschließlich Fernmeldeeinrichtungen im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde,
- die ordnungsgemäße Pflege von Obstbäumen, Hecken und Kopfweiden in der Zeit vom 01.10. bis 28.02. eines Jahres,
- Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde;

Schutzvorkehrungen zu treffen. Zur Unterhaltung zählen auch das Zurückschneiden, Ausasten oder ähnliche Maßnahmen unterhalb von Leiterseilen und innerhalb der notwendigen Schneisenbreite von Freileitungen sowie das Freihalten der Schutzstreifen von unterirdischen Versorgungsleitungen entsprechend dem Betriebszweck.

d) Tiere oder Pflanzen einzubringen; unberührt bleiben:

Hierzu gehören auch das Aussetzen von Wild und die Anlage von Wildäsungsflächen.

- Maßnahmen im Rahmen der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung von land- oder forstwirtschaftlichen Flächen in bisheriger Art und bisherigem Umfang, soweit dies dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft,
- das Aussetzen einheimischer und gebietstypischer Fischarten im Rahmen der ordnungsgemäßen fischereilichen

Das Einbringen von gentechnisch behandelten oder veränderten Tieren und Pflanzen ist unzulässig.

Der Fischbesatz erfolgt auf der Grundlage einer Bestandskontrolle. Die Fische sollen nur

Hege;

als Jungfische und nur dann eingesetzt werden, wenn sie in ihrem natürlichen Bestand gefährdet sind und mögliche Ursachen einer Bestandsgefährdung zuvor beseitigt wurden. Lassen sich die Ursachen der Bestandsgefährdung nicht abstellen, soll ein langfristiger Besatzplan in Kooperation mit allen, insbesondere vor Ort Beteiligten aufgestellt werden. Das Aussetzen von nicht einheimischen Fischen, Neunaugen, Krebsen und Muscheln sowie von ganzjährig geschonten oder gebietsfremden Arten bleibt verboten.

e) Feuchtwiesen, Moore, Heide, Brüche, Grünland, Brachland oder andere nicht genutzte Flächen umzubrechen, in Acker-, Grabeland oder eine andere Nutzungsart umzuwandeln oder die Nutzung zu intensivieren;

Zu einer Intensivierung zählen insbesondere der erstmalige /zusätzliche Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie das Verlegen von Drainagen.

Zum Umbruchverbot zählen auch Pflegeumbrüche und Nachsaaten. Das Umwandlungsverbot gilt nicht für Brachflächen, die im Rahmen der EU-Stillegungsprogramme vorübergehend nicht bewirtschaftet werden.

f) Wald in eine andere Nutzungsart umzuwandeln, Erstaufforstungen vorzunehmen, Schmuckreisig-, Weihnachtsbaum- oder Baumschulkulturen anzulegen;

Das Verbot zur Anlage der Sonderkulturen gilt auch im Wald.

g) bauliche Anlagen im Sinne der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils gültigen Fassung sowie Verkehrsanlagen, Wege oder Plätze einschließlich deren Nebenanlagen zu errichten oder zu ändern, auch wenn für die jeweilige Maßnahme keine Planfeststellung, bauaufsichtliche Genehmigung, Anzeige oder sonstige baurechtliche Entscheidung erforderlich ist; unberührt bleiben:

Als bauliche Anlagen gelten neben Gebäuden auch Wald-, Jagd-, Fischerei- oder sonstige Hütten sowie Dauercamping- und Dauerzeltplätze, Lager- und Ausstellungsplätze, Sportanlagen, Landungs-, Boots- und Angelstege, Wildgehege, Wildfütterungsanlagen, Zäune und andere aus Baustoffen oder Bauteilen hergestellte Ein-

- das Aufstellen oder Errichten von Ansitzleitern im Rahmen der ordnungsgemäßen Jagdausübung, wenn dies dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft,
 - das Aufstellen von beweglichen Waldarbeiter-Schutzhütten auf Wegen und Plätzen,
 - das Errichten von nach Art und Größe ortsüblichen Forstkultur- oder Weidezäunen sowie Stellnetzen für die Schafhaltung;
- h) ober- oder unterirdische Leitungen aller Art einschließlich Fernmeldeeinrichtungen zu errichten, zu verlegen oder zu ändern;
- i) Werbeanlagen oder Werbemittel, Schilder oder Beschriftungen oder ähnliches zu errichten, anzubringen oder zu ändern; unberührt bleiben:
- das Errichten oder Anbringen von Schildern oder Beschriftungen durch Behörden, soweit sie ausschließlich auf den Schutz des Gebietes hinweisen, Ver- oder Gebotshinweise beinhalten oder als Orts- und Verkehrshinweise, Wegemarkierungen oder Warntafeln dienen;
- j) Buden, Verkaufsstände, Verkaufswagen, Warenautomaten, Wohnwagen, Wohnmobile, Mobilheime, Wohncontainer, Zelte oder ähnliche dem zeitweisen Aufenthalt von Menschen dienende Anlagen ab- bzw. aufzustellen oder Stellplätze dafür zu errichten;
- k) Camping-, Zelt-, Picknick- oder Lagerplätze anzulegen, zu zelten, zu lagern, zu grillen oder Feuer zu machen; unberührt bleiben:
- das Verbrennen von Schlagabraum im Rahmen der ordnungsgemäßen forstwirtschaftlichen Nutzung und der Pflanzen-Abfall-Verordnung in der jeweils gültigen Fassung;
- l) Anlagen und Einrichtungen für Spiel-, Freizeit- und Sportaktivitäten anzulegen sowie alle Arten von Rad-, Wasser-, Ball-, Winter-, Modell-, Motor-, Schieß- oder
- friedungen.
- Die Verbote des Landesforstgesetzes sind zu beachten.
- Das Verbot gilt auch für das Steigenlassen von Drachen.

Tiersport auszuüben. Ferner ist es verboten, Anlagen des Luft- und Modellflugsports zu errichten sowie mit Modellflugzeugen, Flugdrachen, Ultraleichtflugzeugen, Gleitschirmen und Ballons zu starten oder zu landen, wenn der Ort der Landung vorausbestimmbar ist; unberührt bleiben:

- das Radfahren auf Straßen und befestigten Wegen,
- das zügige Befahren der Lippe mit Kanus, ohne Anlegen und Betreten der Ufer, innerhalb des Naturschutzgebietes 2.1.3 mit Ausnahme der Zeiten, in denen die benachbarten Abgrabungsgewässer zugefroren sind;

m) Hunde unangeleint laufen zu lassen; unberührt bleiben:

- der jagdliche Einsatz von brauchbaren Jagdhunden oder der Einsatz von Hunden als Hütehunde;

n) Abgrabungen, Aufschüttungen, Ausschachtungen oder Sprengungen vorzunehmen oder die Bodengestalt auf andere Art und Weise zu verändern oder Boden- und Gesteinsmaterial zu entnehmen;

unberührt bleiben:

- Wartungs-, Unterhaltungs- und Reparaturarbeiten an öffentlichen Ver- und Versorgungsleitungen einschließlich Fernmeldeeinrichtungen im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde;

o) Boden, Bodenaushub, landschaftsfremde Stoffe oder Gegenstände, insbesondere feste oder flüssige Abfallstoffe aller Art, Altmaterialien, Schutt oder Klärschlamm zu lagern, einzuleiten, einzubringen oder sich ihrer auf andere Art und Weise zu entledigen;

unberührt bleiben:

- die vorübergehende Ablagerung von Stoffen oder Gegenständen an Uferändern, die bei Maßnahmen der

Als befestigt sind alle Fahrwege anzusehen, die durch Einbringen von Wegebau-material oder als Folge von Erdbau-maßnahmen für das Befahren hergerichtet sind. Trampelpfade und Fahrspuren gelten nicht als Wege.

Der jagdliche Einsatz von Hunden beschränkt sich auf das Apportieren des geschossenen und die Nachsuche des krankgeschossenen Wildes. Nicht erfaßt ist der Einsatz im Rahmen von Treib- und Lappjagden und die Ausbildung und Prüfung der Jagdhunde.

Verboten sind auch Verfüllungen im geringen Ausmaß zur Beseitigung von Geländesenken und ähnlichem innerhalb landwirtschaftlicher Flächen sowie die Beseitigung oder Veränderung von Böschungen, Terrassenkanten und ähnlichem sowie die Beschädigung von Boden- oder Kulturdenkmalen.

Hierzu zählen auch Meliorationsarbeiten. Abfälle in diesem Sinne sind auch Gartenabfälle. Die Verbote des Abfall- und Wasserrechts sind zu beachten. Das Aufbringen von Gülle ist in der Düngverordnung und das Aufbringen von Klärschlamm in der Klärschlammverordnung geregelt.

Gewässerunterhaltung anfallen, im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde,

- die vorübergehende Lagerung auf vorhandenen befestigten Plätzen von örtlich anstehendem Gesteinsmaterial für Unterhaltungs- und Reparaturarbeiten an Wegen;

p) Düngemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel, Pflanzenbehandlungsmittel, Silage, Gärfutter

oder Gülle zu lagern oder diese Stoffe auf den im öffentlichen Eigentum befindlichen Flächen, Brachflächen, Feldrainen und anderen nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen auszubringen; unberührt bleiben:

- Bodenschutzkalkungen im Wald im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde,
- die Bewirtschaftung der im öffentlichen Eigentum befindlichen Flächen nach den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung bestehenden Pachtverträgen bis zu deren erstmaligem Ablauf;

q) in der Zeit vom 15. März bis 15. Juni eines jeden Jahres mindestens bis zur Beendigung des Brutgeschäfts Bearbeitungs- und Pflegemaßnahmen auf den im öffentlichen Eigentum befindlichen Grünland- oder Brachflächen durchzuführen; unberührt bleibt:

- die Bewirtschaftung der im öffentlichen Eigentum befindlichen Flächen nach den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens

Die Vorschriften der Düngerverordnung und der Pflanzenschutzanwendungsverordnung sind zu beachten.

Die Richtlinie zum Schutz der Waldböden in ihrer Fruchtbarkeit durch Kompensationsdüngung in NRW ist zu beachten.

Neue Verträge bzw. Verlängerungen bestehender Verträge dürfen nur unter Beachtung der Festsetzungen dieses Landschaftsplanes abgeschlossen werden.

Zu den Bearbeitungs- und Pflegemaßnahmen zählen z. B. das Walzen, Schleppen, Lockern oder Mähen der Flächen. Aus Gründen des Tierschutzes sollte die Mahd der Flächen von „Innen nach Außen“ erfolgen. Je nach technischen Voraussetzungen sollen dazu wildvertreibende Vorrichtungen (sog. Wildretter) an den Mähwerken angebracht werden.

Neue Verträge bzw. Verlängerungen bestehender Verträge dürfen nur unter

des Landschaftsplanes bestehenden Pachtverträgen bis zu deren erstmaligem Ablauf;

r) die Gestalt oder den Wasserchemismus der fließenden oder stehenden Gewässer zu verändern, künstliche Gewässer einschließlich Fischteiche anzulegen, in Gewässern Netzgehegeanlagen zu errichten sowie Entwässerungs- oder andere, den Wasserhaushalt der Gebiete verändernde Maßnahmen vorzunehmen; unberührt bleiben:

- erforderliche Maßnahmen der Gewässerunterhaltung im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde,
- Unterhaltungsarbeiten an vorhandenen Drainagen und Dräusmündungen sowie der Ersatz von Dränen durch solche gleicher Leistungsfähigkeit im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde.

(3) Allgemeine Gebote

Es sind – soweit noch nicht vorhanden – mit der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten / Landesamt für Agrarordnung abgestimmte Pflege- und Entwicklungspläne zu erstellen.

Die aufgrund der Vorgaben des Landschaftsplanes räumlich und inhaltlich konkretisierten Maßnahmen sind durchzuführen.

Beachtung der Festsetzungen dieses Landschaftsplanes abgeschlossen werden.

Zum Gewässer zählen auch das Ufer und die Quellbereiche.

Zu den Entwässerungsmaßnahmen gehört auch das Verlegen von Drainagen, zu den den Wasserchemismus verändernden Maßnahmen gehören auch das Anfüttern von Fischen sowie das Ein- und Ausbringen von Futter- und Kirmitteln in und an Gewässern und deren Ufern.

In den Pflege- und Entwicklungsplänen sollen insbesondere festgelegt werden:

- die Nutzungsart und -intensität landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und anderweitiger Flächen,
- die Art und Weise der Pflege und Unterhaltung vorhandener und neu zu schaffender Gewässer,
- die Art und Weise des Schutzes von besonderen Biotopen (z. B. Quellen, Trockenrasen).

2.1.1 Naturschutzgebiet „Egge-Nord“

(1) Lage und Schutzzweck

Der im Geltungsbereich dieses Landschaftsplanes liegende Teil des Schutzgebietes ist ca. 340 ha groß und liegt in der Gemarkung Bad Lippspringe

Flur: 11, Flurstück: 164

Flur: 18, Flurstücke: 9, 10 tlw., 11, 12, 23, 26

Flur: 20, Flurstücke: 9 tlw., 16

Das bestehende, insgesamt ca. 3.128 ha große Schutzgebiet erstreckt sich zudem auf die Gemarkungen von Altenbeken und Buke sowie auf Teile der Kreise Lippe und Höxter. Im NSG liegt die Naturwaldzelle Nr. 70 „Rosenberg“ mit einer Größe

Gemarkung Neuenbeken

Flur: 7, Flurstücke: 118 tlw., 134 tlw., 267 tlw.

Flur: 8, Flurstücke 16, 37, 39, 40 tlw.

Die Festsetzung als Naturschutzgebiet erfolgt gemäß § 20 Buchstaben a, b und c LG, insbesondere

- zur Erhaltung, Förderung und Wiederherstellung der Lebensgemeinschaften und Lebensstätten von seltenen und gefährdeten sowie landschaftstypischen Tier- und Pflanzenarten innerhalb eines großflächigen, zusammenhängenden Waldgebietes, das sich durch einen hohen Anteil arten-reicher Buchenwälder auszeichnet,
- aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen, landeskundlichen und erdgeschichtlichen Gründen und wegen der biogeographischen Bedeutung.
- zur Bewahrung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der natürlichen Lebensräume und der wildlebenden Tiere und Pflanzen von gemeinschaftlichem Interesse gemäß Art. 2 Abs. 2 und Art. 6 Abs. 2 der FFH-Richtlinie; hierbei handelt es sich um die folgenden natürlichen Lebensräume gemäß Anhang I der FFH-Richtlinie:

Waldmeister-Buchenwald (Natura 2000-Code 9130)

Nicht touristisch erschlossene Höhlen (Natura 2000-Code 8310)

Das Gebiet dient darüber hinaus dem besonderen Schutz und der Entwicklung der Lebensräume der folgenden Arten von gemeinschaftlichem Interesse nach FFH- oder Vogelschutzrichtlinie:

Uhu

Schwarzspecht

Grauspecht

Rotmilan

Schwarzstorch

Neuntöter

Kleine Bartfledermaus

von 33,5 ha.

Insbesondere sind in ihrer natürlichen Vergesellschaftung schützenswert:

Waldmeister-, Perlgras-, Zahnwurz-, Seggen- und Hainsimsen-Buchenwälder, Eichen-Hainbuchenwälder, Bachrinnen-Eschenwälder, Bach-Eschen-Erlenwälder und Erlenbruchwälder, naturnahe Quellbereiche, Bach- und Talabschnitte, Felsen, Klippen, Blocküberlagerungen, flachgründige Bereiche, Dolinen und Höhlen, Magerwiesen und -weiden, Feucht- und Nasswiesen/-weiden, Röhrichte, gefährdete Tier- und Pflanzenarten sowie die natürliche Artenvielfalt, insbesondere der Säugetier-, Vogel-, Reptilien-, Amphibien- und Insektenfauna.

Bei diesem Gebiet handelt es sich zudem um einen Teilbereich des FFH-Gebietes „Egge“ (DE-4219-301). Dieses ist Bestandteil des kohärenten europäischen ökologischen Netzes „Natura 2000“ gemäß Art. 3 Abs. 1 der „Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen“ (FFH-Richtlinie) vom 21.05.1992 (ABl. EG Nr. L 206 S. 7), geändert durch die Richtlinie 97/62/EWG vom 27.10.1997 (ABl. EG Nr. L 305 S. 42).

Zentrales Ziel ist der Schutz, die Erhaltung und Entwicklung der Waldmeister-Buchenwälder, da dieser zusammenhängende Waldkomplex im Rahmen des Biotopverbundes einen wichtigen Refugial- und Ausbreitungsraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten der Buchen-

Abendsegler
Zwergfledermaus
Braunes Langohr

waldökosysteme im Übergang zwischen den Großlandschaften Weserbergland und Westfälische Bucht darstellt. Zur weiteren Optimierung zählt auch die mittelfristige Umwandlung von Nadelholzbeständen in standortgerechte Laubwälder. Ergänzende Maßnahmen sind der Schutz und die Entwicklung der Waldränder, die Erhaltung von Altholz und die naturnahe Waldbewirtschaftung.

(2) **Spezielle Verbote**

Zusätzlich zu den allgemeinen Verboten ist es insbesondere verboten:

- a) die chemische Behandlung von Holz oder anderen Produkten vorzunehmen;
- b) Holz mit Fahrzeugen außerhalb der Rückegassen und Wege zu rücken;
- c) Kahlhiebe anzulegen; unberührt bleiben:
 - Saum- und Femelhiebe sowie Hiebe bis zu 0,3 ha,
 - die Entnahme standortfremder Gehölze (insbesondere Hybrid-Pappeln und Nadelgehölze) aus ökologisch empfindlichen Bereichen und im Rahmen von Biotopverbesserungsmaßnahmen;
- d) Wiederaufforstungen mit anderen als standortgerechten, heimischen Laubbäumen sowie mit Pflanzmaterial aus nicht geeigneten Herkunftsgebieten durchzuführen;
- e) Wildfütterungen außerhalb von Notzeiten gemäß § 25 Abs. 1 LJG vorzunehmen und andere Futtermittel als Rau- und Saffutter zu verwenden;
- f) Wildfütterungen und Lockfütterungen (Kirrungen) auf ökologisch empfindlichen Standorten - insbesondere nach § 62 LG geschützten Biotopen - vorzunehmen.

Als Grundlage für die Artenauswahl sind Arten der potentiell natürlichen Vegetation des jeweiligen Stand-ortes heranzuziehen.

Die Regelungen der Verordnung über die Bejagung, Fütterung und Kirrung von Wild (Fütterungsverordnung) bleiben unberührt.

Ökologisch empfindliche Standorte sind u. a. Nass- und Feuchtgrünland, Feuchtbrachen, Moore, Heide, Trocken- und Halbtrockenrasen, Magerwiesen und -weiden.

Die Regelungen der Verordnung über die Bejagung, Fütterung und Kirrung von Wild

(Fütterungsverordnung) bleiben unberührt.

- g) Erdfälle, Dolinen oder sonstige besondere geomorphologische oder geologische Erscheinungen zu beschädigen oder auf andere Weise zu beeinträchtigen sowie Höhlen und Felsbildungen für touristische und Freizeit – Nutzungen zu erschließen und zu nutzen.

(3) Spezielle Gebote

Zusätzlich zu dem allgemeinen Gebot ist es insbesondere geboten:

Vgl. unter Ziffer 5.1 Entwicklungs- und Pflegemaßnahmen.

Der Waldpflegeplan ist zu beachten.

- ein Laubwaldgebiet mit den für die heimischen Laubwaldgesellschaften typischen Arten zu erhalten und zu entwickeln sowie die Altersklassenbestände in naturnahe Laubwälder mit einem Mosaik verschiedener Altersstufen und standörtlicher Variationen zu überführen;
- Nadelbaumbestockungen auf Bruchwaldstandorten, in Quellbereichen, Sieken und Bachtälern sowie auf Flächen, deren floristische oder faunistische Schutzwürdigkeit durch Nadelbäume gefährdet bzw. beeinträchtigt ist, vorrangig umzuwandeln;
- Altholz und Totholz auf in Landeseigentum befindlichen Flächen in über 100-jährigen Laubwaldbeständen zu erhalten und je Hektar jeweils mindestens 10 starke Bäume des Oberstandes (insbesondere Höhlen- und Horstbäume) für die Zerfallsphase zu belassen;
- artenreiche und naturnahe Waldmäntel und -säume zu entwickeln und zu erhalten;
- bei der Verjüngung der Bestände Verfahren der Naturverjüngung von lebensraumtypischen Laubbaumarten gegenüber Pflanzungen Vorrang zu geben und entsprechend zu unterstützen;
- die Schalenwildichte in angemessener Zeit in dem Maße zu regulieren, dass die

Verjüngung der heimischen Baumarten in der Regel ohne besondere Schutzmaßnahmen ermöglicht wird;

- die mikroklimatischen Verhältnisse und den Wasserhaushalt von Höhlen und Spalten sowie die Zugänglichkeit für die Höhlenfauna zu erhalten und zu optimieren;
- die naturnahe Umgebung von Höhlen und Felsbildungen zu erhalten und zu fördern.

Um die Ungestörtheit als Zwischen- und Winterquartier zu garantieren ist ggfs. eine Vergitterung der Höhleneingänge mit Fledermausgittern erforderlich.

Bei Bedarf ist es geboten, natürliche und naturnahe Felssysteme als Lebensraum z.B. des Uhu freizustellen.

2. Besonders geschützte Teile von Natur und Landschaft

(1) Als besonders geschützte Teile von Natur und Landschaft werden die in der Festsetzungskarte entsprechend gekennzeichneten folgenden Flächen und Objekte festgesetzt:

- 2.1. Naturschutzgebiete
- 2.2. Landschaftsschutzgebiete
- 2.3. Naturdenkmale
- 2.4. Geschützte Landschaftsbestandteile

(2) Gebote und Verbote

Zur Erreichung des jeweiligen Schutzzweckes sind Ge- und Verbote festgesetzt.

Im Gegensatz zu den Verboten, die allgemeinverbindlich sind, werden die festgesetzten Gebote nur im Einvernehmen mit den Eigentümer/innen bzw. Nutzungsberechtigten umgesetzt.

Unberührt und von einem Einvernehmen unabhängig bleiben:

- alle anderen gesetzlichen Verpflichtungen der öffentlichen und privaten Eigentümer/innen,
- Ziffer 2.1, 2.2, 2.3 und 2.4, jeweils Abs. 3, dieses Landschaftsplans.

(3) Befreiungen

Von allen Ge- und Verboten, die in den im Folgenden festgesetzten besonders geschützten Teilen von Natur und Landschaft gelten, kann die untere Naturschutzbehörde gemäß § 67 BNatSchG in Verbindung mit § 75 Abs. 1 LNatSchG NRW auf Antrag eine Befreiung erteilen, wenn

1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

Für die Befreiung von Geboten oder Verboten der Verwendung bestimmter Baumarten bei Erst- und Wiederaufforstungen und von den Verboten bestimmter Formen der Endnutzung von Wald ist gemäß § 75 Abs. 2 LNatSchG NRW der Landesbetrieb Wald und Holz zuständig.

Der Landschaftsplan setzt nach §§ 23, 26, 28 und 29 BNatSchG die im öffentlichen Interesse besonders zu schützenden Teile von Natur und Landschaft fest. Die Festsetzung bestimmt den Schutzgegenstand, den Schutzzweck und die zur Erreichung des Zwecks notwendigen Gebote und Verbote.

Der von § 30 BNatSchG i.V.m. dem § 42 LNatSchG NRW erfasste gesetzlich geregelte Biotopschutz bleibt von den Bestimmungen dieses Landschaftsplanes unberührt.

Ebenso greifen die Bestimmungen des Artenschutzrechtes unmittelbar.

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

Er entscheidet im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde.

(4) Ordnungswidrigkeiten

Vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen die im Folgenden für die besonders geschützten Teile von Natur und Landschaft festgesetzten Verbote sind gemäß § 77 LNatSchG NRW Ordnungswidrigkeiten und können gemäß § 78 LNatSchG NRW mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden.

Unabhängig davon wird gemäß § 329 StGB bestraft, wer innerhalb eines Naturschutzgebietes

- a) Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt,
- b) Abgrabungen oder Aufschüttungen vornimmt,
- c) Gewässer schafft, verändert oder beseitigt,
- d) Moore, Sümpfe, Brüche oder sonstige Feuchtgebiete entwässert,
- e) Wald rodet,
- f) Tiere einer im Sinne des BNatSchG besonders geschützten Art tötet, fängt, diesen nachstellt oder deren Gelege ganz oder teilweise zerstört oder entfernt,
- g) Pflanzen einer im Sinne des BNatSchG besonders geschützten Art beschädigt oder entfernt oder
- h) ein Gebäude errichtet

und dadurch den jeweiligen Schutzzweck nicht unerheblich beeinträchtigt. Darüber hinaus wird strafrechtlich belangt, wer einen Lebensraum einer Art oder einen natürlichen Lebensraumtyp in einem Natura 2000-Gebiet erheblich schädigt. Ferner wird gemäß § 304 StGB bestraft, wer Naturdenkmäler beschädigt oder zerstört. Auch der Versuch ist strafbar.

(5) Unberührtheitsklausel

Unberührt von allen folgenden, in den besonders geschützten Teilen von Natur und Landschaft festgesetzten Verboten bleiben:

- Sicherungs-, Pflege- und sonstige Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, die von der unteren Naturschutzbehörde angeordnet oder genehmigt sind oder von ihr selbst durchgeführt werden sowie wissenschaftliche Untersuchungen im Auftrag der unteren Naturschutzbehörde,
- Maßnahmen, die unbedingt notwendig sind, um eine im Einzelfall bestehende Gefahr (Notstand im Sinne des § 228 BGB) abzuwehren; die Maßnahmen sind

Durch die Unterrichtungspflicht erhält die Naturschutzbehörde die Möglichkeit, Maßnahmen zum Ausgleich des Schadens bzw. zur Wiederherstellung des alten Zustands zu treffen oder anzuordnen.

Textliche Festsetzungen**Erläuterungen**

- der unteren Naturschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen,
- alle vor Inkrafttreten dieses Landschaftsplans rechtmäßig ausgeübten oder genehmigten Nutzungen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang, soweit sie den nachfolgenden Regelungen und den jeweiligen Schutzzwecken nicht widersprechen und die nachfolgenden Regelungen nicht ausdrücklich etwas anderes festsetzen.

Sollten durch Festsetzungen dieses Landschaftsplans rechtmäßig ausgeübte oder genehmigte Nutzungen eingeschränkt werden, strebt der Kreis Paderborn in allen Fällen vertragliche Vereinbarungen über einen Interessenausgleich an.

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

2.1 Naturschutzgebiete

- (1)** Die nachfolgend unter den laufenden Gliederungsnummern
- 2.1.1 Egge-Nord
 - 2.1.2 Sommerberg-Ortwald
 - 2.1.3 Stollen am großen Viadukt Altenbeken
 - 2.1.4 Sieben Gründe
 - 2.1.5 Ziegenstallsgründe
 - 2.1.6 Hossenberg
 - 2.1.7 Happenberg-Krausenberg-Dunetal
 - 2.1.8 Steinbruch Schwaney
 - 2.1.9 Suren Kämpe-Rauhegrund
 - 2.1.10 Bodental-Ochsenberg
 - 2.1.11 Emders Wald
 - 2.1.12 Eggekamm

näher bestimmten Flächen sind gemäß § 23 BNatSchG als Naturschutzgebiete (NSG) festgesetzt.

Die Grenze der Naturschutzgebiete verläuft in der Mitte der in der Festsetzungskarte eingezeichneten Abgrenzungslinie.

(2) Allgemeine Verbote

In den unter 2.1.1 bis 2.1.12 genannten Naturschutzgebieten sind gemäß § 23 Abs. 2 BNatSchG alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können.

Insbesondere ist es verboten:

- a) die Flächen außerhalb befestigter oder besonders gekennzeichneten Straßen, Wege, Park- und Stellplätze zu betreten, zu befahren, auf ihnen zu reiten sowie Fahrzeuge aller Art außerhalb der gekennzeichneten Park- und Stellplätze abzustellen, verboten ist darüber hinaus

Nach § 23 BNatSchG werden Naturschutzgebiete festgesetzt, soweit dies

1. zur Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung von Lebensstätten, Biotopen oder Lebensgemeinschaften bestimmter wildlebender Tier- und Pflanzenarten,
2. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder
3. wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit erforderlich ist.

Die Vorschriften des § 5 BNatSchG und des § 4 LNatSchG NRW sind einzuhalten.

Bei der landwirtschaftlichen Nutzung sind die für die Landwirtschaft geltenden Vorschriften, das Bundesbodenschutzgesetz und die Grundsätze der guten fachlichen Praxis zu beachten. Die forstliche Nutzung ist mit dem Ziel zu verfolgen, naturnahe Wälder aufzubauen und eine nachhaltige Bewirtschaftung ohne Kahlschläge und mit einem hinreichenden Anteil standortheimischer Forstpflanzen einzuhalten. Bei der fischereilichen Nutzung sind die oberirdischen Gewässer einschließlich ihrer Uferzonen als Lebensstätten und Lebensräume für heimische Tiere zu erhalten und zu fördern.

Als befestigt sind alle Wege anzusehen, die durch Einbringung von Wegebaumaterial oder als Folge von Erdbaumaßnahmen für das Befahren hergerichtet sind. Trampelpfade und Fahrspuren gelten nicht als Wege. Furten sind Querungen eines Ge-

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

das Reiten auf gem. § 65 Landesnatur-
schutzgesetz NRW gekennzeichneten
Wanderwegen;

unberührt bleiben:

- die Bewirtschaftung landwirtschaftli-
cher Flächen auf der Grundlage der
in § 5 Abs. 2 BNatSchG genannten
Grundsätze der guten fachlichen
Praxis und von Wald auf Grundlage
der in § 5 Abs. 3 BNatSchG genann-
ten Grundsätze, wenn es dem
Schutzzweck nicht zuwiderläuft,
- das Betreten und Befahren der Flä-
chen sowie Fahren und Abstellen
von Fahrzeugen im Rahmen von
Unterhaltungsarbeiten an Gewäs-
sern oder zulässig errichteten Ver-
sorgungsanlagen im Einvernehmen
mit der unteren Naturschutzbehörde,
- das Betreten der Flächen zum Auf-
suchen, Nachstellen, Erlegen, Fan-
gen oder Aneignen von Wild im
Rahmen der ordnungsgemäßen
Jagdausübung und unter Beachtung
der speziellen Verbote,
- das Befahren im Bereich von Rücke-
gassen zur Bergung von Hochwild
im Rahmen der ordnungsgemäßen
Jagdausübung,
- das Betreten der Flächen durch Fi-
schereiausübungsberechtigte im
Rahmen rechtmäßiger Fischereiaus-
übung und unter Beachtung der spe-
ziellen Verbote,
- die Tätigkeit des Geologischen
Dienstes NRW, soweit die Natur-
schutzgebiete davon betroffen sind
und dies dem jeweiligen Schutz-
zweck nicht zuwiderläuft,
- das Betreten zur Durchführung von
naturkundlichen und wissenschaftli-
chen Führungen im Einvernehmen
mit der unteren Naturschutzbehörde,
das Betreten im Wald zusätzlich im
Einvernehmen mit der unteren
Forstbehörde, soweit dies dem je-
weiligen Schutzzweck nicht zuwider-
läuft,
- die bestimmungsgemäße Nutzung
der Hof- und Gartenfläche des
Forstdienstgehöftes Durbeke sowie

wässers und damit Bestandteile von We-
gen. Nach dem Landesforstgesetz (LFoG
NRW) sind das Fahren sowie das Abstellen
von Wohnwagen und Kraftfahrzeugen im
Wald verboten. Die Vorschriften der Stra-
ßenverkehrsordnung sind zu beachten.

Das in diesem Rahmen ggf. erforderliche
Abstellen von Fahrzeugen ist nur auf Stra-
ßen und befestigten Flächen zulässig.

Die Gruppengröße beträgt üblicherweise
bis zu 25 Personen. Bei naturkundlichen
und wissenschaftlichen Führungen im Na-
turschutzgebiet „Egge-Nord“ fallen darunter
auch Gruppen mit einer maximalen Teilneh-
merzahl von 50 Personen. Maßnahmen der
allgemeinen Umweltbildung zählen nicht zu
naturkundlichen und wissenschaftlichen
Führungen.

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

- der südlich gelegenen Umweltbildungswerkstatt in einem Umkreis von 30 Meter um Haupt- und Nebengebäude. Dazu gehören auch die Durchführung organisierter Veranstaltungen des Landesbetriebs Wald und Holz sowie das Entzünden und Unterhalten von Feuer in Feuerschalen oder Grill,
- Begehungen im Rahmen der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft, dazu gehören auch Begehungen zum Zweck des forstlichen Informationsaustausches,
 - das Betreten und Befahren zur Durchführung behördlicher Überwachungsaufgaben,
 - Erhebungen des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) im Rahmen der Aufgabenerfüllung gemäß § 3 (1) 1.-3. LNatSchG NRW im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde;
- b) wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen einzubringen, sie zu verletzen oder zu töten, ihre Brut- und Lebensstätten, Eier, Larven, Puppen oder sonstigen Entwicklungsformen wegzunehmen, zu zerstören oder zu beschädigen sowie die Bauten, Nester oder sonstigen Brut- und Lebensstätten fortzunehmen, zu beschädigen oder die Tiere durch Aufsuchen, Fotografieren, Filmen oder ähnliche Handlungen zu stören;
- In den Naturschutzgebieten sind grundsätzlich alle Tiere geschützt. Insbesondere während der Brut- und Überwinterungsperiode sowie im Bereich von Felsen oder Bäumen mit Horsten oder Bruthöhlen kann eine Störung zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung der Tierwelt führen. Eine Beunruhigung erfolgt insbesondere durch Lärmen, Feuerwerke, Aufsuchen der Lebensräume oder organisierte Veranstaltungen. Organisierte Veranstaltungen sind in der Regel zu versagen, es sei denn, sie werden in größeren zeitlichen Abständen und außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit sowie mit geringer Teilnehmerzahl zum Zwecke der gebietsbezogenen Umweltbildung durchgeführt. Durch die Veranstaltung darf der Schutzzweck des Gebietes nicht beeinträchtigt werden.
- unberührt bleiben:
- die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd, d. h. das Aufsuchen, Nachstellen, Erlegen und Fangen von Wild unter Beachtung der speziellen Verbote sowie Maßnahmen des Jagdschutzes gemäß § 23 Bundesjagdgesetz (BJagdG) i.V. mit § 25 Abs. 1 LJG NRW,

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

-
- die rechtmäßige Ausübung der Fischerei unter Beachtung der speziellen Verbote, - die ordnungsgemäße Schädlingsbekämpfung von Bisam und Nutria im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde, - die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Bodennutzung auf der Grundlage der in § 5 Abs. 2 und § 5 Abs. 3 BNatSchG genannten Grundsätze der guten fachlichen Praxis, sofern diese dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft; c) Bäume, Sträucher oder sonstige Pflanzen, Pflanzenbestände, Pilze oder Flechten ganz oder teilweise zu beseitigen, zu beschädigen oder auf andere Weise in ihrem Wachstum oder Bestand zu beeinträchtigen; unberührt bleiben: - Maßnahmen im Rahmen der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen auf Grundlage der in § 5 Abs. 2 BNatSchG genannten Grundsätze der guten fachlichen Praxis und von Wald auf Grundlage der in § 5 Abs. 3 BNatSchG genannten Grundsätze, soweit dies dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft, - Maßnahmen im Zusammenhang mit Wartungs-, Unterhaltungs- und Reparaturarbeiten an zulässig errichteten Ver- und Entsorgungsleitungen einschließlich Telekommunikations-einrichtungen im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde, - die fachgerechte Pflege von Hecken und Kopfweiden in der Zeit vom 01. Oktober bis 28. Februar eines Jahres sowie von Obstbäumen,	Die Bekämpfung dient der Abwendung erheblicher wasserwirtschaftlicher und landwirtschaftlicher Schäden sowie zum Schutz der heimischen Pflanzen- und Tierwelt. In Naturschutzgebieten sind grundsätzlich alle Pflanzen geschützt. Als Beeinträchtigung gelten auch das Beschädigen des Wurzelwerkes sowie das Verdichten oder das Versiegeln des Bodens im Traufbereich der Bäume und Sträucher sowie die Behandlung von Säumen, Hochstaudenfluren, Röhrichten u. a. mit Bioziden. Bei der Beweidung sind angemessene Schutzvorkehrungen zu treffen. Bei der Umsetzung ordnungsgemäß durchführbarer Maßnahmen sind die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 BNatSchG zu beachten. Zur Unterhaltung zählen auch das Zurückschneiden, Aufasten oder ähnliche Maßnahmen unterhalb von Leiterseilen und innerhalb der notwendigen Schneisenbreite von Freileitungen sowie das Freihalten der Schutzstreifen von unterirdischen Versorgungsleitungen entsprechend dem Betriebszweck innerhalb der nach § 39 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG zulässigen Zeiten. Die fachgerechte Pflege beim Auf-den-Stock-setzen von Hecken umfasst maximal 50 m lange Abschnitte, von denen zwei benachbarte nicht innerhalb eines Jahres geschlagen werden und zwischen denen Bäume als Überhälter erhalten werden. Die Pflegeintervalle sollen möglichst über mehrere Jahre verteilt werden.
-

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

-
- Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde, - die Beseitigung von invasiven oder potenziell invasiven Neophyten im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde; <p>d) Tiere oder deren Entwicklungsformen, Pflanzen oder entwicklungsfähige Pflanzenteile einzubringen oder auszusetzen, sowie Tiere – einschließlich Fische und Wasservögel – zu füttern oder anzufüttern;
unberührt bleiben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmen im Rahmen der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung von land-, fischerei-, oder forstwirtschaftlichen Flächen sowie die ordnungsgemäße Jagdausübung in bisheriger Art und bisherigem Umfang, sofern dies dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft, - das zeitweilige Aufstellen von Bienenvölkern in mobilen Anlagen im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde, - die Bewirtschaftung von bestehenden Wildäsungsflächen; <p>e) Grünland, Feuchtwiesen, Heiden, Magerrasen, Halbtrockenrasen, Moore, Brüche, Brachland im Sinne des § 11 Abs. 2 LNatSchG NRW, oder andere nicht genutzte Flächen umzubrechen, in Acker, Grabeland oder eine andere Nutzungsart umzuwandeln sowie Sonderkulturen neu zu begründen;</p> | <p>Die Unionsliste der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 und § 40 BNatSchG zu den invasiven gebietsfremden Arten sind zu berücksichtigen.
Vorkommen oder neue Bestandsentwicklungen invasiver Arten (z.B. Herkulesstaude, Beifuß-Ambrosie) sollen der unteren Naturschutzbehörde unverzüglich mitgeteilt werden.
Verboten ist auch das Aussetzen von Wild und die Anlage von zusätzlichen Wildäsungsflächen.</p> <p>Gebietsfremde Arten und Tiere (Neophyten, Neozoen und Neomyceten) dürfen nicht eingebracht werden. Das Freisetzen von gentechnisch veränderten Organismen ist nach den Vorgaben des BNatSchG und des LNatSchG NRW, insbesondere § 54 LNatSchG NRW, verboten. Dies gilt auch für einen Umkreis von 1000 m um Naturschutzgebiete. § 40 BNatSchG bleibt unberührt.</p> <p>Nicht zulässig sind das Anbringen an oder die Anlage von Klotzbeuten in Bäumen.</p> <p>Dies schließt auch die Verlegung von Wildäsungsflächen ein, sofern der Gesamtumfang der Flächen nicht steigt.
Bei diesen Lebensräumen handelt es sich häufig um nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 42 LNatSchG NRW geschützte Biotope.
Das Umwandlungsverbot gilt nicht für folgende Flächen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - grünlandähnlich genutzte Ackerfutterflächen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Landschaftsplans im landwirtschaftlichen Flächenverzeichnis des Bewirtschafters mit der Kulturart Ackerfutter codiert sind und den Ackerstatus durch Art und Umfang der Bewirtschaftung nicht verloren haben, |
|---|--|
-

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

-
unberührt bleiben: - Pflegeumbrüche und Nachsaaten ohne Umbrechen im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde und in begründeten Einzelfällen, sofern dies dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft; f) Höhlen, Erdfälle, Dolinen oder sonstige besondere geomorphologische oder geologische Erscheinungen zu beschädigen oder auf andere Weise zu beeinträchtigen; g) Wald in eine andere Nutzungsart umzuwandeln, Erstaufforstungen vorzunehmen, Schmuckreisig-, Weihnachtsbaum- oder Baumschulkulturen sowie Energieholz- und Kurzumtriebsplantagen anzulegen; h) bauliche Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils gültigen Fassung sowie Verkehrsanlagen, Wege oder Plätze einschließlich deren Nebenanlagen zu errichten oder zu ändern, auch wenn für die jeweilige Maßnahme keine Planfeststellung, bauaufsichtliche	- Brachflächen, die im Rahmen der EU-Stilllegungsprogramme und Agrarumweltmaßnahmen nach § 4 Abs. 3 LNatSchG NRW vorübergehend nicht bewirtschaftet werden, sofern nicht ausdrücklich im Vorfeld der Maßnahme eine anderweitige Regelung vereinbart wurde. Die Grundsätze der guten fachlichen Praxis, insbesondere das Unterlassen von Grünlandumbrüchen auf erosionsgefährdeten Hängen, in Überschwemmungsgebieten, auf Standorten mit hohem Grundwasserstand sowie auf Moorstandorten, sind einzuhalten. Das Verschlechterungsverbot in Natura 2000-Gebieten ist einzuhalten. Das Einvernehmen der unteren Naturschutzbehörde kann in Abhängigkeit vom Zustand der Fläche und dem Schutzzweck versagt werden. Flächen im Eigentum der öffentlichen Hand sind in der Regel nach den Vorgaben des Vertragsnaturschutzes in Abstimmung mit den festgelegten Naturschutzzielen zu bewirtschaften. Zu den besonderen geomorphologischen und geologischen Erscheinungen zählen unter anderem die Betten der temporär wasserführenden Bäche einschließlich ihrer Bachschwinden sowie natürliche und anthropogen entstandene Felsbildungen, insbesondere in ehemaligen Steinbrüchen. Unter dieses Verbot fällt auch die Erschließung und Nutzung von Höhlen und Felsbildungen zu touristischen und Freizeit-Zwecken. Das Verbot der Sonderkulturen gilt auch im Wald. Als bauliche Anlagen gelten neben Gebäuden auch Wald-, Jagd-, Fischerei- und sonstige Hütten sowie Dauercamping-, Wochenend- und Dauerzeltplätze, Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Lager-, Abstell- und Ausstellungsplätze, Freizeit-, Erholungs- und Sporteinrichtungen aller Art, Landungs-, Boots- und Angelstege, am Ufer oder auf
-

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

Genehmigung, Anzeige oder sonstige baurechtliche Entscheidung erforderlich ist;

dem Grund eines Gewässers verankerte Fischzuchtanlagen sowie Wohn- und Hausboote, Wildgehege, Wildfütterungsanlagen und -plätze, Zäune und andere aus Baustoffen oder Bauteilen hergestellte Einfriedungen.

Bestehende Hochsitze außerhalb der nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 42 LNatSchG NRW geschützten Biotope haben Bestandschutz.

unberührt bleiben:

- das Aufstellen oder Errichten von ortsüblichen Drückjagdböcken in Holzbauweise und von Ansitzleitern im Rahmen der ordnungsgemäßen Jagdausübung außerhalb besonders geschützter Biotope. Drückjagdböcke in kleinen Taleinschnitten, deren Standorte innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Landschaftsplanes mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmt wurden, sind davon unberührt,
- das Aufstellen oder Errichten von offenen Jagdkanzeln in ortsüblicher Größe in Holzbauweise im Rahmen der ordnungsgemäßen Jagdausübung außerhalb von Biotopen nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 42 LNatSchG NRW und im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde,
- das Errichten von nach Art und Größe ortsüblichen und landschaftsraumtypischen Forstkultur- und Weidezäunen und Stellnetzen für die Schafhaltung,
- das Errichten von mindestens einseitig offenen, hölzernen Wander-Schutzhütten mit einer Grundfläche von max. 15 m² im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde; im Wald zusätzlich im Einvernehmen mit der unteren Forstbehörde,
- die Unterhaltung und Ausbesserung von vorhandenen, befestigten Wirtschaftswegen im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde;

Zu den besonders schutzwürdigen Biotopen zählen neben den nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 42 LNatSchG NRW geschützten Biotopen insbesondere auch die kleinen Taleinschnitte der Fließgewässer- und Trockentäler und deren begleitende Vegetation wie Ufersäume und Ufergehölze sowie Obstwiesen.

Eine zweckdienliche, möglichst unauffällige, dem Landschaftsbild angepasste Bauweise ist zu beachten. Das für offene Jagdkanzeln gewöhnliche Maß der Grundfläche beträgt max. 2,0 m². Bevorzugte Standorte für die Errichtung von Ansitzeinrichtungen sind im Wald, am Waldrand sowie in der Feldflur freistehend oder angelehnt. Bei der Errichtung dürfen Feldgehölze oder Einzelbäume nicht beschädigt werden.

Zu den nicht landschaftsraumtypischen Weidezäunen zählen insbesondere dauerhafte, in weißer oder anderer auffälliger Farbe gehaltene Zäune und Zaunpfosten sowie Zäune aus anderen Materialien als Holz. Forstkulturzäune sind nach Erfüllung ihres Zweckes zu entfernen.

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

-
- die bereits im Aufstellungsverfahren des Landschaftsplans konkret geplante Errichtung von zwei Brunnenstandorten auf den in der Festsetzungskarte gekennzeichneten Bereichen auf dem Grundstück in der Gemarkung Buke, Flur 12, Flurstück 58 zur Erweiterung der öffentlichen Wasserversorgung unter Beachtung der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege;
 - i) ober- oder unterirdische Leitungen aller Art einschließlich Telekommunikations-einrichtungen zu errichten, zu verlegen oder zu ändern;
unberührt bleiben:
 - das Verlegen von Leitungen im Baukörper von Straßen im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde soweit dies nicht dem Schutzzweck zuwiderläuft und keine artenschutzrechtlichen Belange berührt werden,
 - Wartungs-, Unterhaltungs- und Reparaturarbeiten an zulässig errichteten Ver- und Entsorgungsleitungen einschließlich Telekommunikations-einrichtungen im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde,
 - das Verlegen von Wasserleitungen für Viehtränken im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde;
 - die Verlegung von Leitungen für die bereits im Aufstellungsverfahren des Landschaftsplans konkret geplante Errichtung von zwei Brunnenstandorten (vgl. Nr. 2.1 (2) h) 6. Spiegelstrich) im Einvernehmen mit der Unteren Naturschutzbehörde;
 - j) Werbeanlagen und Werbemittel, Schilder oder Beschriftungen oder ähnliches zu errichten, anzubringen oder zu ändern;
unberührt bleibt:
 - das Errichten oder Anbringen von Schildern oder Beschriftungen durch Behörden, soweit sie ausschließlich auf den Schutz des Gebietes hinweisen, Ver- oder Gebotshinweise beinhalten oder als Orts- und Verkehrshinweise, Wegemarkierungen oder Warntafeln dienen;
-

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

- k) Buden, Verkaufsstände, Verkaufswagen, Warenautomaten, Wohnwagen, Wohnmobile, Mobilheime, Wohncontainer, Zelte oder ähnliche dem zeitweisen Aufenthalt von Menschen dienende Anlagen ab- bzw. aufzustellen oder Stellplätze dafür zu errichten; unberührt bleiben:
- das zeitlich begrenzte Aufstellen von Waldarbeiterschutzwagen auf Wegen und Plätzen im Rahmen der ordnungsgemäßen Ausübung der Forstwirtschaft,
 - das zeitweise Aufstellen von Schäferwagen und -karren im Rahmen der Ausübung der Wanderschäferei;
- l) Camping-, Zelt-, Picknick- oder Lagerplätze anzulegen, zu zelten, zu lagern, zu lärmern, zu grillen oder Feuer zu machen;
- m) Anlagen und Einrichtungen für Spiel-, Freizeit- und Sportaktivitäten anzulegen oder zu ändern sowie alle Arten von Rad-, Wasser-, Ball-, Winter-, Luft-, Modell-, Motor-, Schieß-, Tiersport sowie vergleichbare Freizeit- und Sportaktivitäten (z. B. Geocaching) zu betreiben bzw. auszuüben. Ferner ist es verboten, Anlagen des Luft- oder Modellflugsports zu errichten sowie mit Flugmodellen und -geräten aller Art und Größe sowie Luftfahrzeugen zu starten oder zu landen, wenn der Ort der Landung vorausbestimmbar ist;
- unberührt bleibt:
- das Radfahren und Reiten auf Straßen, befestigten Wegen und naturfesten Waldwirtschaftswegen, die keine Holzurückewege sind;
 - das Reiten auf nach § 58 Abs. 3 LNatSchG zugelassenen Wegen im Wald;
- n) Hunde unangeleint laufen zu lassen sowie Hundeausbildungen, Hundepfahrungen oder -sportübungen durchzuführen; unberührt bleibt:
- Die Verbote des LFoG NRW sind zu beachten.
- Zu den Luftfahrzeugen gehören alle Geräte mit oder ohne eigenen Antrieb, die über Grund oder Wasser fliegen oder fahren können.
Für den Drohneneinsatz durch oder unter Aufsicht von Behörden sind § 21 a + b LuftVO maßgeblich. Um Stör- oder Scheuchwirkungen zu vermeiden, sollen Drohneneinsätze aus Artenschutzgründen nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen, z.B. bei oder nach Waldbränden, Sturmereignissen oder dem Eintritt größerer Waldkalamitäten. Der Drohneneinsatz darf dem Schutzzweck nicht entgegenstehen; insbesondere sind artenschutzrechtliche Belange zu berücksichtigen.
- Als befestigt sind alle Wege anzusehen, die durch Einbringung von Wegebaumaterial oder als Folge von Erdbaumaßnahmen für das Befahren hergerichtet sind. Trampelpfade und Fahrspuren gelten nicht als Wege. Naturfeste Wege bestehen aus maschinell unverdichtetem Boden ohne Einbringung landschaftsfremder Stoffe.

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

- der jagdliche Einsatz von brauchbaren Jagdhunden und der Einsatz von Hunden als Hütehunde; o) Abgrabungen, Aufschüttungen, Ausschachtungen oder Sprengungen einschließlich Hydraulic Fracturing (Fracking) oder Verpressung von CO₂ vorzunehmen oder die Bodengestalt auf andere Art und Weise zu verändern oder Boden- und Gesteinsmaterial zu entnehmen; p) Boden, Bodenaushub, Holz, landschaftsfremde Stoffe, Erzeugnisse oder Gegenstände, insbesondere feste oder flüssige Abfallstoffe aller Art, Altmaterialien, Schutt oder Klärschlamm zu lagern, einzuleiten, einzubringen oder sich ihrer auf andere Art und Weise zu entledigen;
unberührt bleiben: <ul style="list-style-type: none"> - die vorübergehende Ablagerung von Stoffen und Gegenständen an Uferändern, die bei Maßnahmen der Gewässerunterhaltung anfallen, im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde, - die vorübergehende Lagerung von örtlich anstehendem Gesteinsmaterial auf vorhandenen befestigten Plätzen für Unterhaltungs- und Reparaturarbeiten an Wegen, - die Lagerung anfallenden Holzes zur baldigen Abfuhr auf vorhandenen Holzlagerplätzen und an Forstwirtschaftswegen; q) Böden zu verdichten, zu versiegeln, zu verunreinigen,
unberührt bleiben: - Maßnahmen im Rahmen der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen auf der Grundlage der in § 5 Abs. 2 BNatSchG genannten Grundsätze der guten fachlichen Praxis und von Wald auf Grundlage durch § 5 Abs. 3 BNatSchG genannten Grundsätze; r) Düngemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel, Pflanzenbehandlungsmittel, Silage, Gärreste oder Gülle zu lagern oder	Nicht erlaubt ist die Ausbildung und Prüfung der Jagdhunde. Verboten sind auch Verfüllungen in geringem Ausmaß zur Beseitigung von Geländesenken und ähnlichen Strukturen innerhalb landwirtschaftlicher Flächen, die Beseitigung und Veränderung von Böschungen, Terrassenkanten und ähnlichen Strukturen sowie die Beschädigung von Boden- und Kulturdenkmälern. Hierzu zählt auch das Aufbringen von Material im Rahmen von Meliorationsarbeiten. Abfälle in diesem Sinne sind auch Garten- und Holzabfälle. Die Verbote des Wasser- und Abfallrechtes sind zu beachten. Das Aufbringen von Gülle ist in der Düngeverordnung und das Aufbringen von Klärschlamm in der Klärschlammverordnung geregelt. Eine Beeinträchtigung von FFH-Lebensraumtypen, nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschützten Biotopen und Standorten gefährdeter Pflanzenarten sowie Beeinträchtigungen und Stoffeinträge in angrenzende Gewässer und Gräben sind auszuschließen. Dazu gehören auch Maßnahmen, die die Bodenerosion begünstigen. Die Vorschriften der Düngeverordnung und der Pflanzenschutzanwendungsverordnung sind zu beachten.

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

<p>diese Stoffe auf Waldflächen, Brachflächen, Feldrainen und anderen nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen auszubringen;
unberührt bleiben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bodenschutzkalkungen im Wald – mit Ausnahme der Flächen der FFH-Lebensraumtypen und der nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 42 LNatSchG NRW geschützten Biotope – im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde, - die Anwendung chemischer und biologischer Schädlingsbekämpfungsmittel bei Kalamitätsfällen im Wald im Einvernehmen mit der unteren Forstbehörde und der unteren Naturschutzbehörde, - forstliche Maßnahmen zum vorbeugenden Verbiss- und Schälenschutz sowie zum Schutz vor Borkenkäfern, - die PK-Düngung und Magnesiumkalkdüngung auf vorhandenen Wildäsungsflächen bei Feststellung eines Nährstoffbedarfs; <p>s) die Gestalt oder den Wasserchemismus der fließenden oder stehenden Gewässer zu verändern oder zu intensivieren, künstliche Gewässer einschließlich Fischteiche anzulegen, in den Gewässern Netzgehegeanlagen zu errichten, Gewässer zu überspannen sowie Entwässerungs- oder andere den Wasserhaushalt der Gebiete verändernde Maßnahmen vorzunehmen;</p> <p>unberührt bleiben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - erforderliche Maßnahmen der Gewässerunterhaltung im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde und der unteren Wasserbehörde, - Maßnahmen zum Rückbau und zur Wiederherstellung des vorherigen Zustandes nach Ablauf von wasserrechtlichen Bewilligungen, Erlaubnissen oder gehobenen Erlaubnissen im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde soweit dies nicht dem Schutzzweck zuwiderläuft | <p>Flächen im Eigentum der öffentlichen Hand sind in der Regel nach den Vorgaben des Vertragsnaturschutzes in Abstimmung mit den festgelegten Naturschutzziele zu bewirtschaften.
Die Bodenkalkung ist außerhalb der Brut- und Setzzeiten durchzuführen. Das Handbuch Kalk 2000 ist zu beachten.
Unberührt bleiben Kompensationskalkungen aufgrund von vorausgegangenen Untersuchungen von Bodenproben im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde.</p> <p>Vorrangig sind biologisch abbaubare Mittel anzuwenden.</p> <p>Zum Gewässer zählen auch die Ufer und Quellbereiche.
Unter dieses Verbot fällt auch die Anlage und Veränderung von Teichen, die keiner wasserrechtlichen Genehmigung bedürfen. Zu den Entwässerungsmaßnahmen gehört auch das Verlegen von Drainagen; zu den den Wasserchemismus verändernden Maßnahmen gehören auch das Anfüttern von Fischen sowie das Ein- und Ausbringen von Futter- und Kirmitteln in und an Gewässern und deren Ufern.</p> <p>Für Gebüsch-, Röhricht- und Schilfbestände gelten die Bestimmungen des § 39 BNatSchG.</p> |
|--|--|

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

- und keine artenschutzrechtlichen Belange berührt werden,
- Maßnahmen, die der ökologischen Verbesserung vorhandener Kleingewässer und Blänken dienen im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde,
 - Unterhaltungsarbeiten an vorhandenen Drainagen und Dränausmündungen sowie der Ersatz von Drainagen durch solche gleicher Leistungsfähigkeit im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde;
- t) Gewässer zu befahren, in ihnen zu baden oder Wassersport zu treiben sowie Eisflächen zu betreten oder zu befahren;
- unberührt bleibt:
- das Befahren der Gewässer oder das Betreten der Eisflächen zur Bergung von Wild im Rahmen der ordnungsgemäßen Jagdausübung sowie Fischerei.

Der Nachweis vorhandener Drainagen kann z. B. durch Vorlage eines Bestandsplans erbracht werden.

(3) Allgemeine Gebote

Landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche, fischereiliche sowie sonstige vorhandene oder geplante Konzepte und Pläne sind an den Schutzziele der Naturschutzgebiete auszurichten und haben die Vorgaben zu den Naturschutzgebieten zu berücksichtigen.

Die speziellen Gebote in den Naturschutzgebieten sind zu berücksichtigen.

Die aufgrund der Vorgaben des Landschaftsplans räumlich und inhaltlich konkretisierten Maßnahmen sind durchzuführen. Für die FFH-Gebiete im Wald sind die notwendigen Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen, die die Erhaltung oder Wiederherstellung eines dem Schutzzweck entsprechenden Zustandes gewährleisten, in einem Waldpflegeplan darzustellen, welcher die Grundlage der langfristigen Waldentwicklung aufzeigt. Sofern kurzfristig die Erstellung eines Waldpflegeplanes nicht möglich ist, sind Maßnahmenkonzepte zu erarbeiten.

2.1.1 NSG „Egge-Nord“

(1) Lage und Schutzzweck

Das Gebiet ist im Teilbereich des Gemeindegebietes Altenbeken ca. 1.619 ha groß und liegt in der Gemarkung Altenbeken
 Flur 1, Flurstück 7;
 Flur 2, Flurstück 4 tlw.;
 Flur 3, Flurstücke 75, 76 tlw., 85 bis 96, 97 tlw.;
 Flur 4, Flurstücke 244, 254 tlw.;
 Flur 10, Flurstücke 200, 334, 335;
 Flur 12, Flurstücke 21 tlw., 26 tlw., 38 tlw.;
 Flur 13, Flurstücke 1, 2, 3, 6, 11, 12, 13, 18 bis 37;
 Flur 14, Flurstücke 1, 9, 10, 21, 22, 25 bis 29, 81, 84, 88, 90, 91 tlw., 92, 93, 94 tlw., 106, 254, 256, 257, 258, 262, 272, 289, 406;
 Flur 15, Flurstücke 5, 11, 31 tlw., 75 tlw., 78, 95 tlw., 96, 118, 119, 121, 140, 147 tlw., 148 tlw., 212 tlw., 213 tlw., 214, 215;
 Flur 25, Flurstücke 30, 41 tlw., 62, 63, 64, 67;
 Gemarkung Buke
 Flur 1, Flurstücke 45, 46, 47;
 Flur 9, Flurstücke 17, 119 tlw., 184 tlw.;
 Gemarkung Schwaney
 Flur 1, Flurstück 127 tlw.

Die Festsetzung als Naturschutzgebiet erfolgt gemäß § 23 Abs. 1 BNatSchG, insbesondere

- zur Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Lebensstätten, Biotopen oder Lebensgemeinschaften von seltenen und gefährdeten sowie landschaftsraumtypischen Tier- und Pflanzenarten innerhalb eines großflächigen, zusammenhängenden Waldgebietes, das sich durch einen hohen Anteil artenreicher Buchenwälder auszeichnet;

Das Naturschutzgebiet „Egge-Nord“ im Gemeindegebiet Altenbeken gehört zum FFH-Gebiet DE-4219-301 „Egge“, das sich über die Kreise Paderborn, Höxter und Lippe erstreckt. In Altenbeken umfasst es ein großflächiges Buchenwaldgebiet aller Altersklassen nordwestlich von Altenbeken vom Spellerberg im Norden über den Schnee- und Ochsenberg bis zum Kobbennacken und Dunetal im Süden. Der überwiegend mit Fichten bestockte Egge-Osthang nordöstlich von Altenbeken entlang der L 828 nach Veldrom, von der Preußischen Velmerstot im Norden bis zum Rehberg im Süden ist ebenfalls Bestandteil des Naturschutzgebietes.

Das Buchenwaldgebiet wird gegliedert durch das von Kempfen in südwestliche Richtung bis zum Kobbennacken verlaufende Durbeketal. Die Durbeke ist ein Karstbach, der nur periodisch wasserführend ist. Auwälder sind nicht ausgebildet. Die angrenzenden bachbegleitenden Grünlandflächen an der Durbeke werden entweder als Wiesen oder Weiden genutzt.

Von internationaler und nationaler Bedeutung ist der strukturreiche Buchenwaldkomplex mit hohem Altholz- und Totholzanteil sowie einer außerordentlichen Standortvielfalt mit allen Buchenwaldgesellschaften auf trockenen und feuchten sowie auf Kalk- und Silikatstandorten mit höchster naturräumlicher Repräsentanz. Das Gebiet ist mit den großflächig zusammenhängenden und strukturreichen Buchenaltholzbeständen Lebensraum zahlreicher gefährdeter Tier- und Pflanzenarten (u.a. Fliegenragwurz, Braunrote Stendelwurz, Wildkatze, Schwarz- und Grauspecht, Kolkrabe, Rotmilan, Schwarzstorch, Uhu, Fransenfledermaus, Braunes Langohr, Kleine Bartfledermaus).

Die langfristige Zielsetzung für die Waldflächen ist die Entwicklung eines Laubwaldgebietes mit den für die heimischen Laubwaldgesellschaften typischen Arten sowie die Überführung der Altersklassenbestände in

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

	<p>naturnahe Laubwälder mit einem Mosaik der verschiedenen Altersstufen und standörtlichen Variationen. Im Hinblick auf die Erreichung des Schutzzweckes ist es Ziel, Nadelbaumbestockungen auf Bruchwaldstandorten, in Quellbereichen, Sieken und Bachtälern sowie auf Flächen, deren floristische oder faunistische Schutzwürdigkeit durch Nadelbäume gefährdet bzw. beeinträchtigt ist, vorrangig in Laubwaldbestände umzubauen. Weiterhin ist es Ziel, Altholz und Totholz insbesondere in über 100-jährigen Laubwaldbeständen zu erhalten und für die Zerfallsphase zu belassen.</p>
<p>insbesondere sind folgende Biotoptypen zu schützen und zu fördern:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Waldmeister-Buchenwälder, - Wärmeliebende Frühlingsplatterbsen-Buchenwälder, - Zahnwurz-Buchenwälder, - Seggen- (Orchideen)-Buchenwälder, - Hainsimsen-Buchenwälder, - Eichen-Hainbuchenwälder, - Bachrinnen-Eschenwälder, - Bach-Eschen-Erlenwälder, - Erlenbruchwälder, - naturnahe Quellbereiche, Bach- und Talabschnitte, - Felsen, Klippen, Blocküberlagerungen, flachgründige Bereiche, Dolinen und Höhlen, - Magerwiesen und -weiden, - Feucht- und Nasswiesen/-weiden, - Röhrichte; 	<p>Folgendes schutzwürdiges Biotop (Biotopkataster NRW) liegt innerhalb des Gebietes: BK-4219-0003.</p> <p>Folgende nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 42 LNatSchG NRW gesetzlich geschützte Biotope liegen innerhalb des Gebietes: BT-4219-0227-2015, BT-4219-0234-2015, BT-4219-0252-2015, BT-4219-0253-2015, BT-4219-0278-2015, BT-4219-0317-2015, BT-4219-0323-2015, BT-4219-0326-2015, BT-4219-0331-2015, BT-4219-0334-2015, BT-4219-0339-2015, BT-4219-0340-2015, BT-4219-0370-2015, BT-4219-0386-2015, BT-4219-0414-2015, BT-4219-0416-2015, BT-4219-0419-2015, BT-4219-0420-2015, BT-4219-0421-2015, BT-4219-0426-2015, BT-4219-0457-2015, BT-4219-0461-2015, BT-4219-0482-2015, BT-4219-0490-2015, BT-4219-0492-2015, BT-4219-0494-2015, BT-4219-0496-2015, BT-4219-0497-2015, BT-4219-0500-2015, BT-4219-0531-2015, BT-4219-0533-2015, BT-4219-0546-2015, BT-4219-0547-2015, BT-4219-0557-2013, BT-4219-0574-2015, BT-4219-0576-2015.</p>
	<p>Folgende Wildnisentwicklungsgebiete liegen innerhalb des Gebietes und wurden nachrichtlich in der Festsetzungskarte dargestellt: WG-PB-0001-02, WG-PB-0001-04, WG-PB-0001-05, WG-PB-0001-06.</p>
<ul style="list-style-type: none"> - zur Bewahrung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der natürlichen Lebensräume und der wildlebenden Tiere und Pflanzen von gemeinschaftlichem Interesse gemäß Art. 2 Abs. 2 und Art. 6 Abs. 2 der FFH-Richtlinie; 	<p>Das Naturschutzgebiet liegt im FFH-Gebiet DE-4219-301 „Egge“. Dieses ist Bestandteil des kohärenten europäischen ökologischen Netzes „Natura 2000“ gemäß Art. 3 Abs. 1 der „Richtlinie 92/43/EWG des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen“</p>

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

- hierbei handelt es sich um die folgenden natürlichen Lebensräume gemäß Anhang I der FFH-Richtlinie:
- Nicht touristisch erschlossene Höhlen (Natura 2000-Code 8310),
 - Orchideen-Buchenwald (Natura 2000-Code 9150),
 - Waldmeister-Buchenwald (Natura 2000-Code 9130),
 - Hainsimsen-Buchenwald (Natura 2000-Code 9110),
 - Erlen-Eschen- und Weichholz-Auenwälder (Natura 2000-Code 91E0, prioritärer Lebensraum).
- Das Gebiet dient darüber hinaus dem besonderen Schutz und der Entwicklung der Lebensräume der folgenden Arten von gemeinschaftlichem Interesse nach FFH- oder Vogelschutzrichtlinie:
- Raufußkauz (*Aegolius funereus*),
 - Haselhuhn (*Bonasa bonasia*),
 - Uhu (*Bubo bubo*),
 - Schwarzstorch (*Ciconia nigra*),
 - Mittelspecht (*Dendrocopos medius*),
 - Schwarzspecht (*Dryocopus martius*),
 - Rotmilan (*Milvus milvus*),
 - Teichfledermaus (*Myotis dasycneme*),
 - Großes Mausohr (*Myotis myotis*),
 - Grauspecht (*Picus canus*);
- aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen, landeskundlichen und erdgeschichtlichen Gründen und wegen der biogeographischen Bedeutung,
 - zur Erhaltung hinsichtlich ihrer natürlichen Bodenfunktionen besonders schutzwürdiger Böden; insbesondere sind dies die flachgründigen Felsböden über Kalkgestein,
 - wegen der Seltenheit, besonderen Eigenart und der hervorragenden Schönheit des Gebietes,
 - wegen seiner Funktion als überregional bedeutsame Biotopverbundfläche,
- (FFH-Richtlinie) vom 21.05.1992 (Abl. EG Nr. L 206), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2006/105/EG des Rates vom 20. November 2006.
- Die Huinschenhöhlen im Dunetal sind als Geotope GK-4219-016 und GK-4219-017 beim Geologischen Dienst NRW geführt.
- Das Gebiet wird in der Biotopverbundplanung des Landes NRW (Fachbeitrag des LANUV zum Regionalplan) mit einer herausragenden Bedeutung für den Biotopverbund bewertet. Das Gebiet wird unter der Objektkennung VB-DT-PB-4219-0001 geführt. Durch die Ausweisung als Natur-

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

- zum Schutz des Klimas,
- zum Schutz eines unzerschnittenen verkehrsarmer Raumes.

(2) Spezielle Verbote

Zusätzlich zu den allgemeinen Verboten ist es insbesondere verboten:

- a) Wiederaufforstungen mit nicht der natürlichen Waldgesellschaft angehörenden Baumarten sowie mit Pflanzmaterial aus nicht geeigneten Herkunftsgebieten durchzuführen;
- b) Kahlhiebe anzulegen; unberührt bleiben:
 - Saum- und Femelhiebe sowie Hiebe bis zu 0,3 ha pro Jahr,
 - Kahlhiebe zur Umwandlung im Rahmen von Biotopverbesserungsmaßnahmen,
 - die Entnahme von nicht standortgerechten Gehölzen (insbesondere Nadelhölzer);
- c) Holz und andere Produkte chemisch zu behandeln;
- d) Rückegassen in ökologisch empfindlichen Bereichen ohne Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde anzulegen;
- e) Holz mit Fahrzeugen außerhalb der Rückegassen und Wege zu rücken;
- f) in den veröffentlichten Wildnisentwicklungsgebieten Holz zu nutzen oder Handlungen vorzunehmen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung, Verände-

schutzgebiet werden die Flächen entsprechend der Vorgaben des § 21 Abs. 4 BNatSchG dauerhaft gesichert.

Im FFH- Gebiet sind alle Maßnahmen, auch forstliche, zu unterlassen, die zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der FFH-Lebensraumtypen und Arten von gemeinschaftlichem Interesse nach FFH-Richtlinie führen können.

Als Grundlage für die Artenauswahl sind die Arten der potenziellen natürlichen Vegetation des jeweiligen Standortes heranzuziehen. Es kommen Arten aus dem Herkunftsgebiet 4 (Westdeutsches Bergland) zur Verwendung.

Für das Naturschutzgebiet „Egge Nord“ wurde vom Landesbetrieb Wald und Holz NRW der „Waldpflegeplan Naturerbe Buchenwälder OWL“ (Entwurf Stand März 2019) erarbeitet. Die darin getroffenen Vorgaben zu Wiederaufforstungen und zu verwendenden Gehölzen sind maßgeblich für alle waldbaulichen Maßnahmen und daher verbindlich zu beachten und einzuhalten.

Unter Wildnisentwicklungsgebieten (als Zielkonzept des Naturschutzes) sollen ausreichend große Landschaftsräume verstanden werden, deren ökologische Rahmenbe-

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

- rung oder sonstigen erheblichen Beeinträchtigung dieser Gebiete führen können;
 unberührt bleiben:
- Maßnahmen, die aus Gründen der Verkehrssicherung erforderlich sind,
 - die Entnahme nicht lebensraumtypischer Gehölze,
 - die Saatgutgewinnung in Einzelfällen und ohne Beeinträchtigung von Arten und sonstigen Schutzgütern;
- g) Wildfütterungen, Lockfütterungen (Kirrungen) sowie Ablenkungsfütterungen vorzunehmen;
- unberührt bleibt:
- die Wildfütterung außerhalb von ökologisch empfindlichen Standorten in Notzeiten gemäß § 25 Abs. 1 LJG NRW sowie zulässige Lock- und Ablenkungskirrungen für Schwarzwild gemäß §§ 25 und 28 DVO LJG-NRW außerhalb von nach § 30 BNatSchG in Verbindung mit § 42 LNatSchG NRW geschützten Biotopen, wenn Sie dem Schutzzweck nicht zuwiderlaufen;
- h) mit Tötungsfallen zu jagen;
- i) Pflanzenschutzmittel und Pflanzenbehandlungsmittel im Wald auszubringen; unberührt bleiben:
- die lokale Bekämpfung von invasiven und potenziell invasiven Neophyten im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde,
 - notwendige Maßnahmen für Kalamitätsfälle mit Genehmigung der unteren Forstbehörde; sie entscheidet im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde,
- dungen (noch) geeignet sind oder wiederhergestellt werden können, dass natürliche oder naturnahe Entwicklungsprozesse weiterhin oder zukünftig dauerhaft ablaufen können und in denen keine ständigen Siedlungen oder sonstige Infrastrukturen mit gravierendem Einfluss existieren.
 Die Etablierung von Wildnisgebieten auf 2 % der Landesfläche Deutschlands ist eines von 14 Zielen der Nationalen Biodiversitätsstrategie, die vor dem Hintergrund des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) entwickelt und entsprechend in § 40 LNatSchG NRW (zu § 23 BNatSchG) aufgenommen wurde.
 Die Regelungen der Verordnung zur Durchführung des Landesjagdgesetzes NRW – Durchführungsverordnung zum Landesjagdgesetz Nordrhein-Westfalen (DVO LJG-NRW) – sind zu beachten.
 Als ökologisch empfindlich gelten insbesondere Flächen, die nach § 30 BNatSchG in Verbindung mit § 42 LNatSchG NRW gesetzlich geschützt oder FFH-Lebensraumtyp nach Anhang I der FFH-Richtlinie sind. Für das Naturschutzgebiet „Egge Nord“ wurde vom Landesbetrieb Wald und Holz NRW der „Waldpflegeplan Naturerbe Buchenwälder OWL“ (Entwurf Stand März 2019) erarbeitet. Die darin getroffenen Vorgaben zu Wildfütterungen und Kirrungen sind maßgeblich und daher verbindlich zu beachten und einzuhalten.
 Die Regelungen der Verordnung zur Durchführung des Landesjagdgesetzes NRW – Durchführungsverordnung zum Landesjagdgesetz Nordrhein-Westfalen (DVO LJG-NRW) – sind zu beachten.

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

- die Bodenschutzkalkung nach Bodenuntersuchung zur Kompensation von Säureeinträgen in der Zeit vom 15. September bis zum 31. Januar des Folgejahres, außerhalb von nach § 30 BNatSchG und § 42 LNatSchG NRW geschützten Biotopen und im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde;
- j) Brennholz abseits der befestigten Wege aufzuarbeiten sowie diese Arbeiten in der Zeit zwischen dem 15. März und dem 31. August durchzuführen; unberührt bleiben:
 - die Aufarbeitung von Brennholz zwischen dem 1. September und dem 15. März an den von der unteren Forstbehörde festgelegten und den Schutzziele verträglichen Stellen,
 - die Nutzung des Holzlagerplatzes im Durbeketal, Gemarkung Altenbeken, Flur 14, Flurstücke 1 und 406 tlw.;
- k) Wildäcker und sonstige Wildäsungsflächen neu anzulegen; unberührt bleiben:
 - die Verlegung der Wildäcker und der sonstigen Wildäsungsflächen bei gleicher Flächengröße im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde,
 - weitergehende Regelungen aufgrund des § 25 Abs. 3 LJG NRW;
- l) Nachtpferche für die Schafhaltung auf Grünland und Brachen ohne Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde einzurichten;
- m) Silage- und Futtermieten anzulegen, sowie Silage, Heu oder Stroh zu lagern; unberührt bleibt:
 - die kurzzeitige witterungsbedingte Zwischenlagerung von auf der Fläche gewonnenen Silage-, Heu-, oder Strohballen, bis eine zeitnahe Abfuhr möglich ist;
- n) Viehtränken an Gewässern sowie Pumptränken ohne Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde anzulegen.

(3) Spezielle Gebote

Es ist insbesondere geboten:

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

- die Altersklassenbestände in naturnahe Laubwälder mit einem Mosaik verschiedener Altersstufen und standörtlicher Variationen zu entwickeln;
- Nadelbaumbestockungen bereits vor Hieb reife, insbesondere auf Flächen, deren floristische und faunistische Schutzwürdigkeit durch Nadelbäume gefährdet bzw. beeinträchtigt ist, vorrangig in naturnahe Laubwaldbestände umzuwandeln;
- geschlagenes Holz zum Schutz von Boden und Vegetation möglichst zeitnah aus dem Wald abzufahren;
- Alt- und Totholz auf in Landeseigentum befindlichen Flächen in den über 100-jährigen Laubwaldbeständen zu erhalten und dort je Hektar jeweils mindestens zehn, auf Flächen in über 120-jährigen Beständen bis zu zehn starke Bäume des Oberstandes (insbesondere Horst- und Höhlenbäume) zu bestimmen und auf Dauer für die Zerfallsphase zu belassen;
- bei der Entwicklung eines naturnahen Laubwaldbestandes der Naturverjüngung von standortgerechten heimischen Laubbaumarten Vorrang einzuräumen;
- artenreiche und naturnahe Waldmäntel und Waldsäume zu erhalten und zu entwickeln;
- die Gewässerdynamik der Quellbereiche, Still- und Fließgewässer zu erhalten und zu entwickeln sowie deren ökologische Durchgängigkeit zu fördern;
- vorhandene Tümpel und Teiche mit arten- und naturschutzfachlicher Bedeutung innerhalb der Waldflächen zu erhalten und im Sinne des Artenschutzes zu optimieren;
- in naturschutzfachlich geeigneten Bereichen zusätzliche Tümpel und Wasserflächen neu anzulegen;
- die Schalenwildsdichte in dem Maße zu regulieren, dass die Verjüngung der natürlichen Waldgesellschaften in der Regel ohne besondere Schutzmaßnahmen möglich ist;
- nicht dem Schutzziel entsprechende Nutzungen (z. B. in Form von Freizeiteinrichtungen oder Lagerflächen) aufzugeben;

Zur Entwicklung eines naturnahen Laubwaldbestandes sind Nadelbaumbestockungen in Quellbereichen, Kerb- und Bachsohlentälern vorrangig umzubauen.

Textliche Festsetzungen

Erläuterungen

-
- die Vorkommen des Sachalin-Staudenknöterichs nördlich des Sommerberges am Heuweg zu beseitigen;- die landwirtschaftlich genutzten Flächen als extensive Wiesen, Mähweiden oder Weiden zu nutzen und das Mahdgut von den Flächen abzuräumen;- Krautsäume an Wegen, Gräben und Hecken zu pflegen und ergänzend zu entwickeln;- Gebüsche, Hecken und Einzelbäume im Offenland fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten;
- Lücken in Hecken und Obstbaumbeständen zu schließen und die Gehölzbestände zu pflegen.	Das Abräumen des Mahdgutes ist erforderlich, um eine Nährstoffanreicherung im Boden und damit eine negative Entwicklung des Arteninventars im Grünland zu vermeiden. Die fachgerechte Pflege beim Auf-den-Stock-setzen von Hecken umfasst maximal 50 m lange Abschnitte, von denen zwei benachbarte nicht innerhalb eines Jahres geschlagen werden und zwischen denen Bäume als Überhälter erhalten werden. Die Pflegeintervalle sollen möglichst über mehrere Jahre verteilt werden. Ziel ist die Pflege der bestehenden insbesondere linearen Gehölzbestände. Als Grundlage für die Artenauswahl sind die Arten der potenziellen natürlichen Vegetation des Standortes heranzuziehen. Es kommen Arten aus dem Herkunftsgebiet 4 (Westdeutsches Bergland) zur Verwendung.
-